

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 79 (1996)

**Artikel:** Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995  
**Autor:** Junker, Beat  
**Kapitel:** 3: Erneuerung und Beharren  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### III. KAPITEL

---

#### ERNEUERUNG UND BEHARREN

##### 1. DIE JUNGBAUERN

Hatten das Kriegsende und die Jahre danach das bernische Parteiwesen gründlich umgestaltet, so verliefen die Wahlen der zwanziger Jahre verhältnismässig ruhig. Das konnte den Eindruck von Stagnation und von Tatenlosigkeit der Politiker erwecken, und bald erklang der Ruf nach Erneuerung, als die Krise von 1929 die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz wie in der übrigen Welt erschütterte. Neue politische Gruppen entstanden, die zum Teil innerhalb der bisherigen Parteien blieben, zum Teil aber diesen Rahmen sprengten; die meisten davon waren kurzlebig, rüttelten aber in der knappen Zeit ihres Bestehens an Altgewohntem und störten mit ihrem Drängen die Ruhe der Etablierten.

Für den Kanton Bern galt das vor allem von der Bauernheimatbewegung der sogenannten Jungbauern. Sie forderte die Leiter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei heraus, welche seinerzeit selber als damals jüngere Generation die alten Bauernführer aus den Reihen des Freisinns in den Hintergrund gedrängt hatten.

Die zentrale Persönlichkeit der Neuerer war Hans Müller, geboren 1891 in Gomerkinden am Rande des Emmentals (zwischen Biglen und Hasle bei Burgdorf). Er besuchte das Lehrerseminar Hofwil und Bern, als es unter der Leitung von Ernst Schneider stand, und erwarb später zum Teil in berufsbegleitenden Studien noch die Patente für den Unterricht auf der Sekundar- und der Gymnasialstufe und den Dokortitel naturwissenschaftlicher Richtung. Seit 1915 wirkte er an der Sekundarschule Grosshöchstetten.

Früh verschrieb sich Müller der Anti-Alkoholbewegung. Als Sekretär des 1923 gegründeten «Vereins abstinenter Schweizerbauern» gab er für die Mitglieder die Zeitschrift «Vorspann» heraus, die eine Auflage von 12 500 Stück erreichte. Darin äusserte er sich auch zur Frage der Weinimporte und näherte sich damit der Politik im enge-

ren Sinne des Wortes, ebenso mit seinen «Bauernheimatwochen» und den «Jungbauernlandsgemeinden», mit denen er die Landwirte innerlich kräftigen und den Gemeinschaftssinn unter ihnen stärken wollte. Diese Erwachsenenbildung für das Landvolk fand von 1932 an ihr Zentrum auf dem Möschberg bei Grosshöchstetten.

1927 trat Müller vom Schuldienst zurück und widmete sich fortan ganz seinen sozialen Aufgaben. Dazu gehörte auch die Jugendbildungsarbeit in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die man ihm bald darauf übertrug. So wurde er bei den Wählern bekannt, und im Herbst 1928 gelang ihm der Sprung in den Nationalrat, obwohl sein Kampf gegen den Alkohol längst nicht allen Bauern gefiel. Müller wandte sich überhaupt gegen Genussucht und Sittenverwilderung, die er in der Stadt und in der Industrie verkörpert sah. Ihnen setzte er die Grundwerte «Glaube, Freundschaft, Heimat» entgegen. Das schloss das Einstehen für schwächere Mitmenschen ebenso ein wie für eine Gemeinschaft, die von ihren Gliedern Gefolgschaftstreue zur Führung erwartete.

Zu ersten Misstönen zwischen Müllers Anhang und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei kam es bei den Grossratswahlen vom Frühjahr 1934. Zwar gelang es, die Sitzzahl zu behaupten, doch prominente Bisherige verloren ihr Mandat an jüngere Konkurrenten. Diese hatten unter der Hand das Streichen anderer Kandidaten der Partei und das Kumulieren von Bewerbern aus ihrem eigenen Kreis empfohlen. So gewann im Amt Aarwangen Ernst Anliker von Gondiswil 1100 Stimmen mehr als der nächste auf der Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Liste, während von den Bisherigen ein Notar und zwei Landwirte ihre Sitze verloren. Im Amt Thun rutschte der Bisherige Ernst Bürki, Metzgermeister und Nationalrat, sogar auf den Rang des fünften Ersatzmanns ab. Das gab böses Blut, doch gelang es der Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei vorerst noch, durch Gespräche diese ersten Risse in ihrem Gefüge notdürftig zu kitten.

Die Gegensätze brachen aber bald wieder auf, namentlich als die Jungbauern die Kriseninitiative der Gewerkschaften und anderer Organisationen unterstützten. Sie wollte die Probleme der schweizerischen Wirtschaft durch Massnahmen und Eingriffe des Staates

lösen, die der Führung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wie eine Annäherung an den Marxismus vorkamen. Nach einem scharfen Abstimmungskampf zwischen der Rechten und der Linken verwarf das Volk am 2. Juni 1935 die Kriseninitiative in der Eidgenossenschaft. Der Kanton Bern aber stimmte zu mit 90 634 Ja gegen 78 443 Nein. Etwas mehr als die Hälfte der Amtsbezirke nahmen an, vor allem im Oberraargau, im Mittelland und im westlichen Oberland, während der Jura deutlich ablehnte und andere Landesteile gespalten waren. Dieses Ergebnis befriedigte weder die Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei noch die Jungbauern und führte zu Spannungen, die schon vorher in der BGB-Fraktion der Bundesversammlung aufschienen, wo Müller sich besonders mit den Ostschweizern schlecht vertrug und im März 1935 aus diesem Gremium ausgeschlossen wurde.

Nun bangte er um seine Bestätigung als Nationalrat und stellte deshalb für die Wahlen vom Herbst 1935 einen eigenen Wahlvorschlag auf, ohne dafür die Zustimmung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei einzuholen. Diese fand sich lustlos mit dem *Fait accompli* ab und verband die Liste mit ihrer eigenen, um die voraussehbaren Verluste in Grenzen zu halten. Trotzdem spielte sich der Wahlkampf – als «Ödipuskonflikt», wie ein Zeitgenosse schrieb – fast ganz zwischen der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und dem Anhang Hans Müllers ab.

Das Resultat enttäuschte beide Partner. Zwar gewannen die Jungbauern einen Stimmenanteil von 10% und drei Mandate für Hans Müller, Ernst Anliker aus Gondiswil und Fritz Bigler aus Vielbringen bei Worb. Doch war das weit weniger als erhofft, und zudem verlor die Mutterpartei bei einem Stimmenanteil von 30% vier von ihren bisher 15 Sitzen. Weil Jungbauern und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei getrennt marschierten, gewann im Kanton Bern die sozialdemokratische Partei mit 34% den höchsten Stimmenanteil. Auch in den übrigen Kantonen, in denen Jungbauern kandidierten, erfüllten sich ihre Erwartungen nicht.

Nun war die Spaltung kaum mehr zu vermeiden, und am 9. November 1935 beschloss eine Delegiertenversammlung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei die Trennung von den Jung-

bauern. Diese bildeten fortan im Grossen Rat eine eigene «Fraktion der Schweizerischen Bauernheimatbewegung» mit Fritz Bigler als Präsident und insgesamt 17 Mitgliedern, mit Ausnahme zweier Lehrer lauter Landwirte, fast alle erst 1934 gewählt, zum grossen Teil weniger als 40 Jahre alt und aus allen Landesteilen ausser dem Seeland und dem Jura.

Die Jungbauern erregten bei den beiden grossen bürgerlichen Parteien Anstoss nicht nur wegen ihrer eigenen Ideen und Unternehmungen, sondern auch wegen der Partner, denen sie sich näherten. So fanden sich die Kämpfer für die Kriseninitiative – Gewerkschaften, Sozialdemokraten und kleinere Parteien aus einzelnen Kantonen – zusammen in der «Richtlinienbewegung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie». Damit bahnte sich ein Zusammenrücken von Jungbauern und Sozialdemokraten an, und die Front zwischen der politischen Rechten und der Linken verlor etwas von ihrer Starrheit. Es schien möglich, eine Mehrheit «links von der Mitte» zu sammeln und Bauern und Arbeiter miteinander auszusöhnen. Gerade im Kanton Bern hatten die Abstimmung über die Kriseninitiative und die Nationalratswahlen von 1935 gezeigt, dass sich Sachvorlagen gegen die Sozialdemokraten und die Jungbauern kaum mehr durchbringen liessen und dass diesen beiden Gruppen nur mehr wenig fehlte, um bei Wahlen die grossen bürgerlichen Parteien in die Minderheit zu versetzen. Das brachte BGB und Freisinn zur Einsicht, den Sozialdemokraten zwei Sitze im Regierungsrat freiwillig zu überlassen, wie es bereits dargestellt worden ist. Für Hans Müller war das ein Abweichen der Sozialdemokraten von der konsequent oppositionellen Haltung. Enttäuscht entfremdete er sich ihnen allmählich, um so mehr als zwischen ihm und Robert Grimm persönliche Unverträglichkeiten mitspielten.

Bei den Grossratswahlen vom Mai 1938 wurde ein Sitz nur mehr auf 4000 statt wie bisher auf 3000 Einwohner vergeben. Damit sank die Zahl der Mandate von 228 auf 184. Davon gewannen die Jungbauern 22, also mehr, als ihre Fraktion bisher Mitglieder gezählt hatte. Trotz diesem Erfolg gerieten sie wegen der Annäherung der grossen Parteien aneinander allmählich in eine gewisse Isolation.

Dazu kamen interne Streitigkeiten. Hans Müller fühlte sich als Führer der Bewegung von Fritz Bigler zu wenig anerkannt, so dass sich verschiedene Gefolgschaften bildeten. Bei den Grossratswahlen von 1946 erreichten die Jungbauern gerade noch 2,1% der Gesamtstimmenzahl und 4 von insgesamt 194 Sitzen. 1947 verzichteten sie von sich aus auf eine Beteiligung an den Nationalratswahlen, und die Bewegung löste sich nach und nach auf. Hans Müller zog sich auf die Gemüseproduktion und -verwertung zurück und wirkte bis ins hohe Alter als Pionier des biologischen Landbaus. Die vier letzten Jungbauern-Grossräte fanden wieder bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Anschluss. Die Stimmkraft, welche die Jungbauern für einige Zeit auf sich gezogen hatten, fiel aber nicht an die BGB zurück, sondern verteilte sich fortan teils auf die Sozialdemokraten, teils auf verschiedene kleinere Gruppen.

Wer in der eidgenössischen Politik der dreissiger Jahre kämpfte, teilte derbe Hiebe aus und musste auch solche einstecken. Welche Vorwürfe zu Recht erhoben wurden, kann der Historiker zum Teil heute noch nicht oder nicht mehr eindeutig beurteilen. Man hat Hans Müller Verwandtschaft mit den Fronten und ihrem nationalsozialistischen Gedankengut vorgeworfen. Tatsächlich war diesen Gruppen und den Jungbauern der Ruf nach Erneuerung und nach einem Abtreten der alten politischen Führer gemeinsam. Hans Müller erhob ihn selbst zu Zeiten, in denen sich Missdeutungen fast zwangsläufig ergaben, etwa im Sommer 1940, als Bundesrat Pilet-Golaz sich mit vergleichbaren Worten an das Schweizervolk wandte. Für die Politik im Inneren der Schweiz forderten die Jungbauern eine autoritäre Führung, wie sie Hans Müller auch innerhalb seiner Bewegung zu verwirklichen suchte. Die Rassenlehre der Fronten oder gar die Idee eines Anschlusses der Schweiz an Deutschland aber waren ihm fremd.

Hans Müllers Persönlichkeit und sein politischer Stil erregten Anstoss und boten Blößen für Angriffe der Gegner. Zudem erfasste er nur die ländliche Bevölkerung und konnte so keine ausreichende Basis gewinnen für eine starke Kraft der politischen Mitte, die zwischen den Blöcken der Linken und der Rechten gestanden und den Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern überbrückt hätte<sup>88</sup>.

## 2. DIE SCHWEIZER HEIMATWEHR UND ANDERE BEWEGUNGEN

Von den sogenannten nationalen Erneuerungsbewegungen, die in der Schweiz während der 1930er Jahre entstanden, wurde für den Kanton Bern neben den Jungbauern die Schweizer Heimatwehr am bedeutsamsten. Sie fasste in Teilen des Emmentals und vor allem des Oberlands Fuss und gab den Kleinbauern, die dort ganz besonders unter der Wirtschaftskrise litten, eine Stimme in der Öffentlichkeit.

Die Schweizer Heimatwehr war 1925 in Zürich gegründet worden als Vereinigung, die das Vaterländische betonte und überall Einfluss von Juden und Freimaurern witterte. Von 1930 an treffen wir sie auch im Bernbiet, namentlich im Amt Thun, im Frutigland und im Simmental, während sie im Schwarzenburgerland zwar Anlässe veranstaltete, sich aber neben den übrigen Parteien nicht zu behaupten vermochte.

Anfangs September 1933 vereinigte eine Volksversammlung der Heimatwehr bei der Tellenburg in Frutigen ungefähr 600 Personen, denen der 26jährige Landwirt Ludwig Lengacher von Mülönen bei Reichenbach aus dem Herzen sprach, als er Verständnis und Hilfe für die Sorgen und Nöte der Bergbauern verlangte.

Aufsehen erregte die Heimatwehr dann anderthalb Monate später, als Mitte Oktober 1933 eine Anzahl ihrer Mitglieder zusammen mit der «Vereinigung der Schweizer Fascisten» unter dem Waadtländer Obersten Arthur Fonjallaz nach Rom reisten, dort von Benito Mussolini empfangen wurden, ihn in Ansprachen priesen und ihm einen aus Holz geschnitzten Bären überreichten. Schon die Zeitgenossen berichteten ziemlich ratlos über den Vorfall, und auch für die Nachwelt ist es nicht leicht, darüber zu urteilen. Die Berner in der Delegation waren anscheinend eher Mitläufer, die Fonjallaz nicht durchschauten und sich zum Teil einfach die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, zu günstigen Bedingungen nach Italien zu fahren.

Ihre eigenen Führer besaßen zwar zum Teil die Gabe, als Redner ihre Zuhörer zu packen und mitzureissen. Aber es fehlte ihnen das



Format und die Weite, um gewiegeren Politikern die Stange zu halten, eigene Programme zu entwickeln und über die engere Heimat hinaus zu wirken. So blieb die Zahl der Mitglieder bescheiden und überstieg das Tausend wohl nie wesentlich. Bei den Grossratswahlen von 1934 bewarb sich die Heimatwehr mit Listen für die Bezirke Frutigen, Obersimmental, Niderrimmental, Thun, Seftigen, Konolfingen und Signau, und sie gewann drei Sitze. Alle ihre Gewählten waren Landwirte. Im Amt Frutigen erreichte die Heimatwehr einen Anteil von gut 40 Prozent aller Stimmen, in den Gemeinden Kandergrund und Krattigen sogar mehr als 50 Prozent. Aber bereits vier Jahre später kandidierte die Bewegung nur noch in den Ämtern Frutigen und Thun und vermochte bloss das Mandat von Ludwig Lengacher zu retten, das sie 1942 – in stiller Wahl – behielt. Kurz darauf starb Lengacher, erst 35jährig, an einer Lungenentzündung. Sein Nachfolger schloss sich der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion an, womit die Heimatwehr aus der bernischen Politik verschwand.

Teile des Oberlandes waren für eine Oppositionsbewegung wie die Heimatwehr unter anderem deshalb empfänglicher als andere Gegenden, weil sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Ersten Weltkrieg und in der Krise von 1929 besonders deutlich spürten. Simmental und Frutigland trieben ganz einseitig Viehwirtschaft, die vor allem vom Absatz der Zuchttiere ins Ausland abhing. Er ging seit den Währungskrisen in verschiedenen Staaten massiv zurück, und entsprechend sank der Erlös, während die Zinsen auf ihrer alten Höhe blieben. Das führte zu einer massiven Verschuldung. Zwischen 1921 und 1931 stieg bei den Landwirten im Kanton Bern die Zahl der Betreibungen pro Jahr um 65 Prozent. Dazu kam ein kaum überschaubares Gewirr von gegenseitigen Bürgschaften auf engem Raum, so dass einzelne Fälle von Geldschwierigkeiten leicht ganze Gegenden ins Verderben rissen.

Wohl stellten Bund und Kanton lindernde Massnahmen in Aussicht, aber ihre Mühlen mahlten langsam, und verbittert verglichen die Schuldenbauern dieses gemächliche Tempo mit dem raschen – und in ihren Augen grosszügigen – Eingreifen der Behörden beim drohenden Zusammenbruch der Volksbank Ende 1933.



Auch bei der Hilfe für die Landwirtschaft selber glaubte mancher Oberländer, sie komme weniger den Berg- und Kleinbauern zugute als den Grossbauern des Unterlandes, welche in der Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei dominierten.

Auf das Ganze des Kantons oder gar der Eidgenossenschaft gesehen spielte die Heimatwehr keine bedeutende politische Rolle. Immerhin nahmen andere Gruppen sie ernst und suchten die Zusammenarbeit mit ihr. So stellten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und Heimatwehr bei den Gemeindewahlen in Frutigen im November 1933 eine gemeinsame Liste auf und gewannen damit 13 der 15 Sitze. Ähnlich wie die Heimatwehr standen auch die Jungbauern für die Klein- und Bergbauern ein, und schon bei den Grossratswahlen von 1938 erbten sie zum Teil – beispielsweise im Simmental – Stimmen, die früher der Heimatwehr zugefallen waren, wie die Statistik zeigt. Scharf unterschieden sich diese beiden Gruppen jedoch voneinander beim Kampf um die Kriseninitiative. Während die Jungbauern sich dafür einsetzten und also mit der politischen Linken zusammenarbeiteten, stritt die Heimatwehr im Verein mit bürgerlichen Parteien und Fronten dagegen.

Einfluss und Unruhe ging von der Heimatwehr auch aus durch das Protestpotential, das ihr innewohnte, besonders als sie an «Landsgemeinden» in Spiez und Steffisburg und mit einer Unterschriftensammlung das Gespenst einer Zahlungsverweigerung für Hypothekarzinsen und Steuern heraufbeschwor, schliesslich ihre Drohung aber doch nicht wahrmachte.

Schwierig ist es, das Verhältnis zwischen der Heimatwehr und dem Faschismus zu charakterisieren. Sympathien für Mussolini waren bei ihr vorhanden, ebenso antisemitische Züge, die weniger auf einer Rassenlehre ruhten als auf schlechten Erfahrungen von Bauern und Krämern mit jüdischen Vieh- und Liegenschaftshändlern und Warenhausbesitzern. Hingegen fehlt eine hierarchische, auf einen «Führer» ausgerichtete Organisation und erst recht eine Parteiuniform oder gar eine «Privatarmee». Mit ihrer Ausrichtung auf Probleme der nächsten Nähe fiel die Heimatwehr als politische Kraft im Ganzen der schweizerischen Erneuerungsbewegung kaum ins Gewicht<sup>89</sup>.

Die Erneuerungsbewegung in der Schweiz der dreissiger Jahre bestand aus einer Vielzahl einzelner Gruppen, die sich selten zu längerem gemeinsamem Handeln und nie zu einer einheitlichen Organisation zusammenfanden. Verglichen mit gewissen Teilen der Landschaft fanden ihre Anliegen in den Städten des Kantons bescheidenen Widerhall, und für keine der vielen Fronten und ähnlichen Vereinigungen stammten die dominierenden Figuren aus Bern. Als Referenten liess man hier Auswärtige auftreten, wie Oberstdivisionär Emil Sonderegger, den Kommandanten der Ordnungstruppen in der Stadt Zürich während des Landesstreiks und späteren Generalstabschef. Heinrich Wechlin war weniger als leitendes Mitglied der «Eidgenössischen Front» bedeutend, sondern weil er als Chefredaktor des konservativen «Berner Tagblatts» seine Ideen verhältnismässig leicht an weitere Kreise herantragen konnte.

Doch auch Widerstand regte sich. Militante Arbeiter unterwanderten Frontisten-Kundgebungen und beendeten sie in Biel mit dem Absingen der «Internationalen» und in Bützberg bei Langenthal mit handgreiflichen Auftritten. Bei Wahlen, die über eine einzelne Gemeinde hinausreichten, traten die Fronten – sieht man ab von der Heimatwehr – im Kanton nur gerade 1934 für die Bestellung des Grossen Rates und 1935 des Nationalrates an. Bei den Grossratswahlen stellten sie einzig im Wahlkreis Bern-Stadt eine Liste mit sechs Kandidaten, nämlich drei Bieler und drei Personen aus der Stadt Bern und ihrer Umgebung. Sie kamen alle auf je zwischen 820 und 880 Stimmen und damit 1,6 Prozent der Gesamtstimmenzahl im Wahlkreis. Das war etwa ein Drittel dessen, was eine andere Zwergpartei erreichte, nämlich der Schweizer Freiwirtschaftsbund.

Nicht grösser war der Erfolg der Liste «Nationale Erneuerung» bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1935. Sie vereinigte Kandidaten der Heimatwehr und der Nationalen Front, blieb aber auch diesmal deutlich hinter allen übrigen Parteien zurück und gewann keinen Sitz<sup>90</sup>.

Auf ganz andere Weise stand Bern 1935 im Mittelpunkt von Diskussionen um nationalsozialistische und antisemitische Lehren. Diese beriefen sich immer wieder auf die sogenannten «Protokolle

der Weisen von Zion», ein Pamphlet, erschienen kurz nach dem Ersten Weltkrieg, das sich gab als Aufzeichnung von geheimen Sitzungen jüdischer Verschwörer, die eine Herrschaft über die ganze Welt anstrebten. In Wirklichkeit war der Text weitgehend aus einer rund fünfzig Jahre älteren Broschüre abgeschrieben.

Nun klagte die Israelitische Kultusgemeinde Bern, um die Protokolle gerichtlich als Fälschung feststellen zu lassen. In Bern tat sie das, weil hier das kantonale Gesetz über das Lichtspieltheater und die Massnahmen gegen die Schundliteratur bessere juristische Grundlagen für eine Verurteilung zu bieten schien als anderswo.

In einem Prozess, der auch im Ausland Beachtung fand, wertete ein Berner Einzelrichter – auf ein Gutachten von C. A. Loosli hin – die «Protokolle» als Fälschung und verbot der Nationalen Front am 14. Mai 1935, diese Schrift weiter anzupreisen und zu verkaufen. In einem Berufungsverfahren urteilte dann jedoch das bernische Obergericht im Herbst 1937, die «Protokolle» seien unecht, fielen aber nicht unter das Schundliteraturgesetz. Deshalb sprach es die frontistischen Angeklagten frei, allerdings ohne Entschädigung. Formaljuristisch unterlagen also die jüdischen Ankläger, moralisch aber erreichten sie ihr Ziel, die antisemitische Propaganda und ihre Methoden zu demaskieren, immerhin ein Stück weit<sup>91</sup>.

### 3. BERN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Zwischen 1939 und 1945 gehörte die Schweiz nicht zu den direkt Beteiligten des Zweiten Weltkrieges. Dennoch spürte sie seinen Einfluss mannigfach, militärisch, wirtschaftlich und in ihrem sozialen Gefüge, doch betraf das Bern kaum anders als die übrigen Kantone.

Immerhin ergaben sich einige Besonderheiten aus der geographischen Lage: Gegenden im Jura erlebten im Frühsommer 1940 beim Angriff der Deutschen und dann 1944 bei der Rückkehr der Alliierten Gefechte im benachbarten Frankreich aus nächster Nähe. Luftkämpfe erfassten auch Schweizer Flugzeuge, und Ortschaften wie Moutier, Delsberg oder Le Noirmont wurden durch fremde

Apparate aus Versehen beschossen. Aber auch weitab von der Front fielen Bomben, so im Sommer 1943 bei Riggisberg und am Männlichen. Allerdings blieben die Schäden hier geringer als bei den irrtümlichen Bombardierungen von Schaffhausen, Stein am Rhein oder Teilen der Stadt Basel. In der Spätphase des Krieges landeten dann – wie in anderen Teilen der Schweiz – beschädigte Flugzeuge der Kriegführenden auf der Berner Allmend oder bei Utzenstorf, als ob sie die Eignung dieses Geländes für einen Grossflugplatz erproben wollten, für dessen Erstellung in der Nachkriegszeit ein Komitee bereits von Ende 1943 an warb. Doch erwuchs dem Vorhaben so viel Widerstand, dass der Flughafen nicht hier gebaut wurde, sondern in Kloten bei Zürich.

Das Oberland gehörte von 1940 an zum sogenannten Reduit und wurde entsprechend befestigt und mit Magazinen ausgestattet. In einem derartigen Lager explodierten dann im Dezember 1947 über 7000 Tonnen Munition, töteten acht Menschen und zerstörten die Ortschaft Mitholz beim Blausee zu einem grossen Teil.

Der Kanton Bern beherbergte während der ganzen Kriegszeit das Armeekommando und den General mit seinem persönlichen Stab, zuerst in Spiez, darauf in Gümligen und anderen Ortschaften zwischen Worb und Langnau, sodann für längere Zeit in Interlaken und schliesslich in Jegenstorf. Interlaken, Saignelégier und die Bürgergemeinde Thun verliehen Henri Guisan das Ehrenbürgerrecht, Interlaken überdies auch dem Generalstabschef, Oberstkörpskommandant Jakob Huber. Auf dem Bundesplatz in Bern spielte sich am 20. August 1945 die Fahnenehrung ab, durch welche der General mit seinem Sinn für einprägsame Anlässe ein eindruckliches Bild zum Abschluss des Aktivdienstes bot.

Von den siebzehn Landesverrättern, die während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz zum Tode verurteilt wurden, waren drei Berner. Ein Teil der Erschiessungen fand statt im Tannboden bei Krauchthal, in der Nähe der Strafanstalt Thorberg. Neben den Landesverrättern weckten im Volk auch Ausländer Unwillen, namentlich solche, die ihre Sympathien für die Achsenmächte und ihre politischen Systeme öffentlich zur Schau getragen hatten. Schon 1935 entliess der Regierungsrat Professor Walter Porzig als Univer-

sitätsdozent, weil er nicht auf die Leitung der Ortsgruppe Bern der nationalsozialistischen Partei Deutschlands verzichten und sich auch nicht von seinem Treueid auf Adolf Hitler entbinden lassen wollte. Nach Kriegsende kam es zu «Säuberungen» gegen Ausländer. Sie zogen sich der zahlreichen Rekursmöglichkeiten wegen lange dahin und waren auch sonst von Pannen geprägt, die unter anderem davon herrührten, dass sich in diesem Bereich die Befugnisse von Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden mannigfach überschnitten.

Die Schweiz verlassen musste neben anderen auch Dr. Georg Trump, Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern. Er hatte 1940 versucht, durch Druck auf den Verlag Dr. Ernst Schürch von seinem Posten als Chefredaktor der Zeitung «Bund» zu entfernen, weil er – wie andere Redaktoren in Basel und Zürich – zu deutlich gegen Deutschland und den Nationalsozialismus schreibe. Trumps Intervention blieb vorerst ohne Erfolg, ja, als sie bekannt wurde, stärkte sie Schürchs Position eher, so dass er nach seinem 65. Geburtstag noch mehr als ein Jahr lang bis zum Herbst 1941 in seiner Stellung ausharren konnte.

Während der Kriegszeit jährte sich 1939 der Tag der Schlacht bei Laupen zum 600. Mal, 1941 jener der Stadtgründung Berns zum 750. und jener des Bundes von 1291 zwischen den Waldstätten zum 650. Mal. In Anbetracht der schweren Zeit blieben die Gedenkanlässe für diese Ereignisse im Aufwand bescheidener als entsprechende frühere Veranstaltungen, und sie riefen stärker nach Bereitschaft zur Abwehr gegen Gefahren und zu Opfern und Verzicht als zu festfrohem Zukunftsglauben.

Doch auch während des Krieges gab man das Wirken für diese Zukunft nicht auf und förderte oder vollendete Bauten, die kom-mender Entwicklung dienen und nebenbei wohl auch den Ruhm ihrer Ersteller zu späteren Generationen weitertragen sollten. Zum Teil waren die Grundsatzentscheide schon früher gefallen und die Arbeiten bei Kriegsausbruch bereits im Gang, etwa bei der Eisenbahnbrücke aus Beton, welche die Aare bei Bern in weitem Bogen überspannte und die eiserne, «rote» Brücke aus den Anfängen des Schienenverkehrs in Bern ersetzte, oder beim Bau der Sustenstrasse, der Ideen aus dem Beginn des Jahrhunderts wieder aufnahm

und zu Ende führte. Ein Neubau verlegte das Staatsarchiv aus der Berner Altstadt und aus der Umgebung von Behörden und Verwaltung weg auf die Höhe der Grossen Schanze und in die Nachbarschaft der Universität.

Schliesslich wurde das Rathaus in Bern von altem Beiwerk befreit und in eine Form gebracht, welche die Mitte zwischen den Anforderungen der Tradition und der neuzeitlichen Errungenschaften hielt. Prägend für diesen Umbau war als Baudirektor Regierungsrat Robert Grimm mit seinem wachen Sinn für augenfällige Darstellung von Würde und Anspruch des Staates Bern<sup>92</sup>.